

Wilsdruffer Tageblatt

Zeitung Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Bestellungspreis monatlich 4 Mk., durch unsere Mitarbeiter getragen in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.80 Mk., durch die Post bezogen monatlich 13.50 Mk., mit Zustellungsgebühr. Alle Postgebühren und Postwertzeichen werden von den Mitarbeitern und Geschäftsführern jederzeit zahlungsfähig eingelöst. Im Falle späterer Preisänderungen werden die Abonnenten hiervon rechtzeitig in Kenntnis gesetzt.



Abonnementpreis 1 Mk. für die 4 gebundenen Ausgaben über dem Namen, Leipzig Nr. 111, Postkonto 28614. Die Wilsdruffer und Wilsdruffer Wochenblätter sind in den Postämtern in Leipzig zu beziehen. Die Wilsdruffer Wochenblätter sind in den Postämtern in Leipzig zu beziehen. Die Wilsdruffer Wochenblätter sind in den Postämtern in Leipzig zu beziehen.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschauke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Zschauke, beide in Wilsdruff.

Nr. 106.

Sonntag den 8. Mai 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Fettverteilung.

Auf den Abschnitt X der Landesfettkarte und auf die Krankenbutterkarten werden auf die Zeit vom 9. bis 15. Mai 1921 50 Gramm Butter ausgegeben.

Meissen, am 6. Mai 1921. Kommunalverband Meissen-Land.

Lichtgeld

für April 1921 ist spätestens bis zum 13. d. M. an die Stadtkasse — Zimmer Nr. 1 — zu bezahlen.

Nach Ablauf einer 8-tägigen Frist erfolgt zwangsweise Beitreibung. Für die Giroteilnehmer erfolgt die Abhebung der Beträge durch die Stadtkasse.

Wilsdruff, am 6. Mai 1921. Der Stadtrat.

Grumbach.

Bis 15. Mai 1921 ist der zweite Termin Gemeindegrundsteuer, Kirchgrundsteuer und die Brandsteuer in den Vormittagsstunden an die hiesige Ortssteuer-Einnahme abzuführen. Nach Fristablauf erfolgt kostenpflichtige Zwangsbeitreibung.

Grumbach, am 7. Mai 1921. Der Gemeindevorstand.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags anzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Das auf sechs Tage befristete Ultimatum der Entente ist in Berlin eingetroffen.
- * Die Reichstagsfraktionen der Deutschen Volkspartei und der Demokraten haben sich gegen die Annahme der neuesten Ententebedingungen ausgesprochen.
- * Die Lage in Oberschlesien hat sich weiter verschärft. Neu-erding sind Oppeln, Gleiwitz und Beuthen durch die polnischen Banden bedroht.
- * Der preussische Staatsrat ist am Freitag mit einer Rede des Ministerpräsidenten Siegelwald eröffnet worden.
- * Der Landeshaupmann der Rheinprovinz, von Krenber, hat sein Abschiedsgesuch eingereicht.
- * Die französischen Militärbehörden haben im besetzten Gebiet die Beschlagnahme aller Kraftwagen ausgesprochen und die Besitzer aufgefordert, sie zur Verfügung der Militärbehörden zu stellen. Im Weigerungsfalle werden Gefängnisstrafen angebroht.

Gefahr im Verzuge.

Der Himmelfahrtstag hat uns die neue Reichsregierung noch nicht gebracht. Für den Reichspräsidenten hat es zwar keine Feiertagsruhe gegeben. Als ersten Betreuer empfindet er, wie es in parlamentarisch regierten Ländern der Brauch ist, den Reichspräsidenten Loeb, danach die Führer der mehrheitssozialdemokratischen Fraktion und die Vertreter der übrigen Regierungsparteien, um von ihnen allen zu hören, welchen Ausweg aus der Krise sie vorzuschlagen hätten.

Es ergab sich sehr bald, daß die Sozialdemokraten nach wie vor entschlossen sind in der Opposition zu verharren; ob aus dem Grunde, weil sie mit Angehörigen der Deutschen Volkspartei kein gemeinschaftliches Ministerium bilden wollen oder ob aus der Überlegung heraus, daß irgendwelche Vorbehalten in der Lage, in der Deutschland sich heute befindet, für keine Partei zu pfänden sind? Das Ergebnis bleibt in jedem Falle das gleiche. Es wirkt um so niederschmetternder, als daneben auch von tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten innerhalb der bisherigen Regierungsparteien berichtet wird. Danach ringen in ihrer Mitte zwei Strömungen um die Oberhand. Die einen möchten den Reichspräsidenten unter allen Umständen von der demokratischen Partei gestellt sehen, vermutlich, um den noch links gerichteten Charakter der neuen Reichsregierung trotz des Fernbleibens der Sozialdemokratie so deutlich wie möglich betont zu sehen. Die andere will diesen Gesichtspunkt unter allen Umständen ausgeschaltet wissen und tritt daher für die Ernennung eines Kanzlers aus den Reihen, sei es des Zentrums, sei es der Deutschen Volkspartei, ein. Demgemäß werden die Namen des Pariser Hofkammerherrn Dr. Meier-Kauleben und des Führers der Volkspartei, Dr. Stresemann, immer noch wiederholt. Der Reichspräsident soll aber daran denken, eine dritte, außerhalb des Parlamentes stehende Persönlichkeit für den Kanzlerposten in Aussicht zu nehmen, und zwar den früheren Stadthalter von Elsaß-Lothringen, Herrn Dr. Schwandner. Soweit bekannt, steht dieser frühere Oberbürgermeister von Straßburg im allgemeinen auf dem Boden einer demokratischen Politik, ohne aber parteimäßig an diese Anschauungen gebunden zu sein. Er hat sich im früheren Reichsland von ganz unten auf, ein einfaches Kind des Volkes, bis zu den höchsten Verwaltungsposten emporgearbeitet, hat im Kriege vorübergehend auch den Posten eines Staatssekretärs versehen, ist aber sehr bald nach Straßburg zurückgekehrt. Wenn er jetzt den Auftrag zur Kabinetsbildung übernimmt, so würde sich für das Reich ungefähr die gleiche Lage ergeben wie kürzlich mit der Ernennung des dem Landtag nicht angehörenden Herrn Siegelwald zum Ministerpräsidenten für Preußen. Vielleicht löst dieses zunächst gelungene Verbleiben des Herrn Reichspräsidenten zur Nachahmung. Es ist aber natürlich nicht zu verkennen, daß die Dinge im Reich auch auf diesem Gebiete wesentlich anders liegen als in Preußen, worauf im Augenblick jedoch nicht näher eingegangen zu werden braucht.

Die Lage im Reich wird heute und wohl auch noch für längere Zeit hinaus ausschließlich beherrscht von dem Ultimatum des Obersten Rates, das am Himmelfahrtstag in London endgültig festgelegt und am Tage nach Himmelfahrt wohl in Berlin überreicht sein wird. Dieses Schriftstück stellt wohl so ziemlich das Äußerste dar, was uns an selbstüberwindlichen Fortbemühen überhaupt ma-

acht werden konnte. Wir haben „ohne Vorbehalt und Bedingung“ in den sechs Tagen uns mit allem und jedem einverstanden zu erklären, was die Briand und Lloyd George, die Storza, Jaspar und Hayashi in London ausgebrütet haben und was uns des näheren noch in einer zweiten Note der Reparationskommission genauer auseinandergesetzt werden wird. Wir haben alles zu unterschreiben, alle Garantien anzuerkennen und auszuführen, die uns auferlegt werden sollen und auf dem Gebiete der Abrüstung und der Württemberg der sogenannten Kriegsverbrecher „ohne Vorbehalt und Verzug“ alles nachzuholen, was uns von den Herrschaften der Entente als schuldhafter Verzug angerechnet wird. Zugleich wird uns mitgeteilt, daß „heute noch“, will also sagen am 5. Mai 1921, alle Vorbereitungen zur Besetzung des Ruhrgebietes durch die verbündeten Truppen zu treffen sind und daß am 12. Mai zur Besetzung des Ruhrgebietes geschritten werden und alle anderen nötigen militärischen Maßnahmen zu Lande und zur See getroffen werden sollen, falls die deutsche Regierung die ihr hier auferlegten Bedingungen nicht erfüllt. An Garantien verlangt man die Überweisung sämtlicher Land- und Seezölle nebst dem Ergebnis aller Arten von Abgaben auf Ein- und Ausfuhr. Daneben die Erhebung einer Abgabe von 25 Prozent auf alle deutsche Ausfuhr und ist überdies so gültig, der deutschen Regierung zu gestatten, darüber hinaus noch andere direkte oder indirekte Abgaben oder sonstige Zahlungsmodalitäten vorzuschlagen, welche vor dem einsetzenden Garantiekomitee Gnade finden sollten. Dieses Garantiekomitee, ein Unteranschuß der Wiederherstellungskommission, soll nicht das Recht haben, sich in die deutsche Verwaltung einzumischen — eine Begrenzung, die aller Wahrscheinlichkeit nach mit derselben Gewissenhaftigkeit innegehalten werden wird, die wir im Saargebiet wie im Rheinland, in Oberschlesien wie in Westpreußen und Schleswig satism kennengelernt haben. Daneben erlaubt man sich noch eine einseitige Erweiterung des Friedensvertrages, durch die Deutschland verpflichtet werden soll, alle die Materialien und Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen, die irgend eine der verbündeten Mächte verlangt, um die verwüsteten Regionen wieder aufzubauen, oder um ihnen zu erlauben ihr „industrielles und wirtschaftliches Leben wiederanzufangen“. Also eine Verflachung wie sie im Buch steht. Was etwa bloß zugunsten der Franzosen oder der Belgier, auf deren Grund und Boden der Krieg ausgebrochen worden mußte, sondern auch zugunsten der Polen, der Tschechen, der Polen oder anderer Willkür der Entente. Wenn man das alles überflieht, so läßt sich wohl begreifen, wenn einer unserer hervorragenden Parlamentarier sein Urteil über dieses Ultimatum einem Ententevertreter gegenüber in die Ruhe zurückzusprechen würde: Der Feindbund möchte sich eine Regierung aus Kommunisten zusammensetzen, die dieses Ultimatum unterschriebe. Keine andere Regierung in Deutschland würde das jemals tun, geschweige denn eine bürgerliche Regierung.

Das an demselben Tage, an dem in London das Ultimatum gegen uns festgesetzt wurde, die Führer der polnischen Ausstandsbevegung in Oberschlesien auch ihrerseits ein Ultimatum an den Obersten Rat abgeschickt haben, kann wirklich als ein Witz der Weltgeschichte betrachtet werden. Sie tun darin Herrn Lloyd George kund und zu wissen, daß, falls er ihren Wünschen nicht entsprechen würde, die industriellen Unternehmungen in Oberschlesien zerstört werden würden. Das tun dieselben Leute den Ententevertretern an, denen Lloyd George und Briand bisher fast jeden Wunsch von den Augen abgelesen haben. Jetzt wird es an uns sein, zu konstatieren, ob die Entente den „guten Willen“ hat, die ihr gebotenen polnischen Dreifachkeiten nach Gebühr zu fragen. An Mitteln dazu fehlt es nicht. Und um ihr jede etwa mögliche Ausrede zu nehmen, hat die deutsche Regierung der Interalliierten Kommission in Oppeln die Bereitwilligkeit deutscher Streitkräfte im Kampf gegen die polnischen Ausführer zur Verfügung gestellt. Die Italiener haben ihrerseits bereits in Oppeln wie in Ratibor deutsche Männer zur Hilfe im Kampf um die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung aufgerufen, und tatsächlich kämpfen bereits Deutsche und Italiener Schulter an Schulter auf deutschem Boden. Ob ihre vereinten Kräfte indessen ausreichen werden, die Geschelnisse der letzten Tage wieder rückgängig zu machen, muß so lange zweifelhaft erscheinen, als die Franzosen es mehr oder weniger deutlich ablehnen, gegen ihre polnischen Verbündeten mit Entschiedenheit aufzutreten.

Auch diese Ungewißheit der Lage muß jede Stunde, um die das Zustandekommen der neuen Reichsregierung verzögert wird, als verloren erscheinen lassen; denn es ist undenkbar, daß wir uns, falls die Entente uns in Oberschlesien wirklich im Stich lassen sollte, auch diesen unerhörten Raub an deutschem Land und Blut wehrlos gefallen lassen werden. Je deutlicher dies die neuen Männer, die das Kabinett Febrinbach zu ersetzen berufen sind, von vornherein im Angesicht der ganzen Welt bekennen werden, desto besser für uns. Wer jetzt nicht sieht, daß die Zeit zum Handeln gekommen ist, der sollte sich nicht erst mit einschleichenden Funktionen betrauen lassen. Zum Experimentieren haben wir keine Zeit, denn höchste Gefahr ist im Verzuge!

Dr. Sch.

Der Überfall auf Oberschlesien.

Polnische Truppen- und Waffentransporte über die Grenze. Obwohl man in Warschau sich den Anschein gibt, als sei die polnische Regierung absolut unbeteiligt an der Vergewaltigung des ober-schlesischen Landes durch die Banden Korsantys, läßt sich zum mindesten die Begünstigung des skandalösen Überfalls durch die Warschauer Regierung nicht leugnen. In Warschau bewegen sich ungehindert große Triumphzüge durch die Straßen, veranstalten Jubelzügen vor der französischen, Angriffe auf die englische und italienische Gesandtschaft. Auch durch die Abberufung Korsantys von dem Posten des polnischen Abteilungsleiters für Oberschlesien wird an den Tatsachen nichts geändert.

Inzwischen ist die Situation im Industriegebiet immer gefährlicher geworden. Die Truppen der Interalliierten Kommission haben wenig Aussicht, mit eigener Kraft Herr der Lage zu werden. Vorschläge von deutscher Seite, die Schutzpolizei zur Wiederherstellung der Ordnung heranzuziehen, wurden jedoch bisher abgelehnt. Das Gesamtgebiet Oberschlesiens, das von der sogenannten Korsantyp-Linie begrenzt wird, ist von dem polnischen Aufstand ergriffen. Die genannte Linie folgt dem Laufe der Ober bis Klein-Schinnitz, fällt dann mit der Westgrenze des Kreises Groß-Strehlitz zusammen, durchschneidet den Kreis Rosenbergs in der Gegend von Zembowitz und endet nördlich von Bogdanowitz an der polnischen Grenze. Aber auch über diese Linie hinaus dreht sich in den Kreisen Ratibor, Cosel und Rosenbergs der polnische Aufstand aus.

Die Interalliierte Kommission in Oppeln hat beschlossen, 3000 Deutsche, möglichst Oberschlesier, in die Apo einzustellen. Vor allem sollen sich ehemalige Offiziere, Beamte usw. melden. In Ratibor, das vollkommen von den Aufständern eingeschlossen ist, hat der italienische Kreisinspektor den deutschen Bleibsinunterkommissar amtlich aufgefordert, 500 Mann für die Abteilungs-polizei zu stellen. Die Bestellung ist bereits erfolgt, und Deutsche und Italiener kämpfen gemeinsam gegen die Polen. Aus Zarnowitz wird gemeldet, daß reguläre polnische Truppen über die Grenze kommen und in der Stadt in Zivil eingeleidet werden.

Polnische Auflehnung gegen die Alliierten.

Neuer verbreitet aus London die Meldung, daß eine Anzahl polnischer Truppen, gut bewaffnet und ausgerüstet und mit Maschinengewehren versehen, an der Aufstandsbewegung in Oberschlesien teilgenommen habe. Es herrscht kein Zweifel mehr, daß der Aufstand vorbedacht war.

Außerdem erklärte die Interalliierte Kommission in Oppeln in einem von der Vertretern Italiens, Englands und Frankreichs gezeichneten Aufruf ausdrücklich, daß Teile der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens den Aufstand begonnen haben und daß sie mit allen Mitteln wieder gegenmäßige Zustände herstellen werde. Die polnischen Banden sind straff militärisch organisiert und angezeichnet bewaffnet, besonders auch mit schweren Waffen. Sie verfügen über Bahnzerstörungsmittel sowie über Lastkraftwagen und militärisch organisierten Train. Ohne eingehende Vorbereitung von polnischer Seite wäre eine derartig umfassende Schlagartig im ganzen Lande auftretende Organisationsmaßnahme nicht möglich gewesen. In einem Aufruf erklärt Korsantys sich zum Führer der Bewegung unter gleichzeitiger Einsetzung von Feldgerichten, die Todesstrafe erlassen dürfen. Dies alles in einem Lande, das auf Grund des Friedensvertrages von Versailles von den drei alliierten Hauptmächten verwaltet und durch deren Truppen besetzt gehalten wird.